



Arbeitskreis Landwirtschaft  
und ländlicher Raum

Joachim Diesner  
Sprecher

## *Pressemitteilung des Arbeitskreises Landwirtschaft und ländlicher Raum des SPD-Bezirks Hessen-Süd*

### Freigabe der ökologischen Vorrangflächen

## **Die Europäische Union und Deutschland müssen bei Agrarbeschlüssen sozial und verantwortungsvoll handeln.**

Der Arbeitskreis Landwirtschaft und ländlicher Raum des SPD-Bezirks Hessen Süd begrüßt die Pläne der EU-Kommission, für das Jahr 2022 die „ökologischen Vorrangflächen“ für den Anbau von Feldfrüchten freizugeben.

Dies kann jedoch nur der erste Schritt für weitere richtungsweisende Entscheidungen der neuen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) ab dem Jahr 2023 sein. Die Grundlagen des im Dezember 2020 vorgestellten „Green Deal“ der EU-Kommission haben sich in den letzten Monaten drastisch verändert. Angesichts der dramatischen Lage auf den Weltagarmärkten verbieten sich derzeit Vorschläge zur weiteren Extensivierung wie Halbierung des Pflanzenschutzmitteleinsatzes, Reduzierung der Düngung, 4 % Stilllegung von Ackerflächen sowie aktuell weiterer Ausbau des Ökolandbaus.

„Dabei geht es nicht darum die ‚Zeit zurückzudrehen‘“, so der Sprecher des Arbeitskreises Landwirtschaft und ländlicher Raum Joachim Diesner. „Wir fordern die Bundesregierung und den Landwirtschaftsminister Cem Özdemir jedoch dringend auf, sich auf EU-Ebene für eine Verschiebung der Einführung der GAP 2023 um mindestens zwei Jahre einzusetzen und in der Zwischenzeit die Ziele an globale Realitäten anzupassen. Denn mit der vorgesehenen Kürzung der Direktzahlungen ab dem nächsten Jahr laufen unsere landwirtschaftlichen Betriebe angesichts des horrenden Preisanstiegs der Betriebsmittel in eine bedrohliche Liquiditätsfalle.“

Aus Russland und der Ukraine kommen etwa ein Drittel des weltweit gehandelten Weizens, beim Mais ist es ein Fünftel, beim Sonnenblumenöl sind es drei Viertel. Falls diese Mengen bei der nächsten Ernte fehlen, wird es zu einer deutlichen Verknappung kommen. Der Krieg wird im schlimmsten Fall weitere 100 Millionen Menschen weltweit in den Hunger treiben. Zudem sind Russland und Weißrussland große Lieferanten für Düngemittel in die EU, dessen Wegfall weitere Produktionsrückgänge nach sich zieht.

Es ist weder verantwortungsvoll, noch sozial, wenn in Deutschland und der EU mit den weltweit fruchtbarsten Böden und höchsten Getreideerträgen, die Produktion von Getreide gedrosselt und somit das Angebot weiter verknappt wird, während in anderen Ländern Menschen von Hunger und dem Tod bedroht sind.



Bundeskanzler Scholz (SPD) spricht zu Recht angesichts der globalen Verwerfungen durch den Krieg in der Ukraine von einer „Zeitenwende“. In der Ampel-Koalition hat sich das bereits mit wegweisenden Beschlüssen sowohl in der Außen-, Sicherheits- als auch der Energiepolitik niedergeschlagen.

Ein Festhalten von alten Zielen in der Agrarpolitik wäre fatal und hätte ungeahnte Folgen für die Ernährungssicherung von Millionen von Menschen. Werden hier falsche Weichen gestellt, hätte dies nicht nur Auswirkungen auf die landwirtschaftlichen Betriebe in der EU, sondern würde auch erhebliche Migrationsbewegungen aus Ländern auslösen, deren Bevölkerung nicht mehr ernährt werden kann.

**Unterzeichner:**

**Hartmut Bock**, Ministerialrat a.D., Landwirtschaftsmeister

**Joachim Diesner**, Sprecher des Arbeitskreises Landwirtschaft und ländlicher Raum des SPD-Bezirks Hessen-Süd

**Dieter Euler**, Dipl.-Ing. Agr., Biolandwirt

**Jens Hartenfels**, Verwaltungsfachwirt, Landwirt im Nebenerwerb

**Eva Heldmann**, Sprecherin Landwirtschaft und Naturschutz der SPD-Kreistagsfraktion Odenwald

**Knut John**, MdL

**Edgar Kreuzer**, Verwaltungsdirektor a.D.

**Heinz Lotz**, MdL

**Torsten Lux**, Dipl.-Ing. Agr., Bio-Nebenerwerbslandwirt

**Karlheinz Rück**, Kreislandwirt Darmstadt-Dieburg